

Abänderungsantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur Beilage 578/2017 (Bericht des Finanzausschusses betreffend den Voranschlag des
Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2018 [einschließlich
Dienstpostenplan]),
Budgetgruppe 2 „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“,
betreffend Fachhochschulen**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der in der Voranschlagstelle 1/280504/7430 „Beiträge“ im Teilabschnitt 1/28050 „Fachhochschulen“ veranschlagte Betrag von 24.500.000 Euro wird auf 26.247.500 Euro erhöht.
2. Dementsprechend werden die in der Gruppe 7 veranschlagten Ausgaben für Wirtschaftsförderung (insbesondere nicht rückzahlbare Zuschüsse an Unternehmen, wie etwa für Marketingmaßnahmen) um 1.747.500 Euro gekürzt.

Begründung

Obwohl Oberösterreichs Wirtschaft an Fachkräftemangel leidet – der sich mit bessernder Konjunkturlage noch verschärfen wird – werden die von ÖVP und FPÖ beabsichtigten Studiengebühren an den Fachhochschulen die Hürden für die Fachkräfte der Zukunft weiter erhöhen. Auch für den Gesundheits- und Pflegebereich, wo sich die Knappheit an qualifiziertem Personal mit dem Älterwerden der Gesellschaft stetig verschärft, gilt dies gleichermaßen, wird doch die Diplomkrankpflegeausbildung in Zukunft verpflichtend als Bachelor-Studium an Fachhochschulen zu absolvieren sein. Erstmals werden angehende KrankenpflegerInnen für ihre gesellschaftlich so wichtige Ausbildung zahlen müssen. All dies kann nicht im öffentlichen Interesse sein.

Linz, am 05. Dezember 2017

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Binder, Müllner, Punkenhofner, Makor, Rippl, Schaller, Bauer, Promberger, Peutlberger-Naderer, Krenn, Weichsler-Hauer